

Antrag 111/I/2026

FA III - Innen- und Rechtspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

EU INTZEN stärken, europäische Nachrichtendienste bündeln

- 1 Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Fraktion im Bundestag
- 2 und die zuständigen Gremien sowie die SPD-geführte
- 3 Bunderegierung werden aufgefordert, sich für die Stär-
- 4 kung des EU Intelligence Analysis Centre (INTZEN)¹ ein-
- 5 zusetzen und damit nachrichtendienstliche Expertise und
- 6 Erkenntnisse innerhalb der Europäischen Union zu bün-
- 7 deln sowie den Informationsaustausch zwischen den Mit-
- 8 gliedsstaaten und damit die Resilienz der EU zu stärken.
- 9 Dies umfasst insbesondere folgende Maßnahmen:
- 10 • Etablierung von EU INTZEN als offizielle Behörde der
- 11 EU
- 12 • Personeller und materieller Aufwuchs der Behörde
- 13 • Ausreichende Budgetierung der Behörde
- 14 • Schaffung einer Verordnung des Europäischen Par-
- 15 laments und des Rates über das EU Intelligence und
- 16 Analysis Centre
- 17 • Schaffung klarer Strukturen und Regeln bezüglich
- 18 des Austausches mit Geheim- und Nachrichten-
- 19 diensten der Mitgliedsstaaten
- 20 • Schaffung effektiver und demokratisch legitimier-
- 21 ter Kontrollmechanismen und -organe

Begründung

25 Bereits seit geraumer Zeit verfolgt die Europäische Uni-
26 on mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
27 (GASP) inklusive der Gemeinsamen Sicherheits- und Ver-
28 teidigungspolitik (GSVP) eine koordinierte Strategie hin-
29 sichtlich der Friedenssicherung und -wiederherstellung.
30 Ziel ist es dabei der EU „ein entsprechendes außen- und
31 sicherheitspolitisches Gewicht zu verleihen“. Gleichzeitig
32 zeigt sich, dass bestehende, parallele Bündnisse – wie die
33 North Atlantic Treaty Organization (NATO) – auf absehba-
34 re Zeit erheblich geschwächt und in ihren Handlungsmög-
35 lichkeiten beschränkt werden könnten.

37 Zuletzt kündigte der US-Präsidentschaftskandidat Donald
38 Trump an, dass er die Vereinigten Staaten aus der NA-
39 TO führen wolle. Doch selbst wenn diese Planungen nicht
40 umgesetzt werden sollten, so muss sich die Europäische
41 Union darauf einstellen zukünftig unabhängiger von den
42 USA agieren zu können. Dies umfasst nicht nur fakti-
43 sche Militäreinsätze der Friedenserhaltung und Stabili-
44 sierungsmissionen, sondern auch Szenarien der Rückfüh-
45 rung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern aus Krisen- und
46 Konfliktregionen, wie zuletzt dem Sudan oder Afghani-
47 stan. Dies kann die Bundeswehr als Armee der Bundesre-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

48 publik in der Regel und je nach geopolitischer Lage nicht
49 allein sicherstellen, so dass eine Einbindung in militäri-
50 sche Bündnissysteme von essentieller Bedeutung für die
51 außen- und sicherheitspolitischen Belange der Bundesre-
52 publik Deutschland ist.

53

54 Dabei kommt für außen- und sicherheitspolitische Ent-
55 scheidungen, insbesondere aber auch für militärischen
56 Operationen, nicht zuletzt der geheim- und nachrichten-
57 dienstlichen Expertise sowie den daraus resultierenden
58 Erkenntnissen eine signifikante Bedeutung zu. Diese ist
59 derzeit jedoch nationalstaatlich in den Mitgliedstaaten
60 ohne eine starke europäische Zentralstelle oder gar eine
61 hinreichende Koordinierung bzw. Abstimmung verankert.
62 Zugleich zeigen beispielsweise auch die seit Jahren lau-
63 fende, hybride Kriegsführung der Russischen Föderation
64 („Gerasimov-Doktrin“) und der im August 2019 im Auftrag
65 der russischen Regierung erfolgte Mordanschlag im Berli-
66 ner Tiergarten auf einen georgischen Staatsbürger sowie
67 jüngst auch andere geheimdienstliche Aktivitäten Russ-
68 lands und Chinas in Europa, dass die Abwehr dieser Ge-
69 fahren längst nicht mehr eine rein nationalstaatliche Her-
70 ausforderung darstellt.

71

72 Vielmehr sind die Akteure oft vernetzt und agieren über
73 Landesgrenzen hinweg. Des Weiteren belegen auch der
74 internationale und in der Regel transnational organisier-
75 te und agierende Islamismus sowie zunehmend auch der
76 Rechtsextremismus, insbesondere in Form der sogenann-
77 ten Neuen Rechten, dass ebenfalls nichtstaatliche Akteure
78 eine gesamteuropäische Herausforderung und ein grenz-
79 überschreitendes Sicherheitsrisiko darstellen.

80

81 Soweit geheim- und nachrichtendienstliches Handeln
82 und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in der Regel
83 der polizeilichen Gefahrenabwehr oder dem militärischen
84 Agieren vorgelagert sind und oft eine wesentliche Voraus-
85 setzung für das weitere Handeln darstellen, muss die Eu-
86 ropäische Union diese Säule und die Koordination zwis-
87 schen den nationalen Diensten stärken, den Austausch
88 zwischen den Nationalstaaten fördern und damit die Ef-
89 fizienz des Handelns erhöhen. Gleichzeitig kann eine eu-
90 ropäische Zentralstelle Reibungen und ineffiziente Paral-
91 lelaktivitäten minimieren. Dabei zeigt das Projekt Europol,
92 dass eine solche Zusammenarbeit erfolgreich und zielfüh-
93 rend gelingen und zur Stärkung der Europäischen Union
94 beitragen kann.

95

96 Überdies würde der Antrag auch die Entscheidungsträger
97 der EU stärken und deren Entscheidungen auf umfassen-
98 dere Fakten stützen. Freiheitliche und liberale Demokra-
99 tien sowie ihre Gesellschaften müssen wehrhaft sein. Ne-
100 ben einer demokratischen, engagierten Zivilgesellschaft

101 und Sicherheitsbehörden gehören auch Geheim- und
102 Nachrichtendienste als Instrument der wehrhaften De-
103 mokratie zu den wesentlichen Faktoren. Europa kann
104 sich auch im Bereich der Geheim- und Nachrichtendiens-
105 te keine nationalstaatliche Kleinstaaterei mehr leisten.
106 Nicht zuletzt das internationale und grenzüberschreiten-
107 de Agieren Russlands und Chinas zeigt, dass die Sicher-
108 heitsarchitektur der Europäischen Union neu und zeitge-
109 recht gedacht werden muss.

110

111 Gleichzeitig stärkt der Antrag auch die individuellen Si-
112 cherheitsbelange der EU-Bürgerinnen und -Bürger insge-
113 samt und stellt eine alternativlose Notwendigkeit dar.

¹https://web.archive.org/web/20160214025522/http://eeas.europa.eu/factsheets/docs/20150206_factsheet_eu_intcen_en.pdf